

STÄNDIGE KOMMISSION FÜR SPRACHENKONTROLLE

ZUSAMMENKUNFT DER VEREINIGTEN ABTEILUNGEN

Sitzung vom 12. September 1985.

Anwesend : Herr FLEERACKERS, Vorsitzender

Französische Abteilung : Herr PLUNUS, Vize-Vorsitzender
die Herren BUSINE und FAUTRE,
ordentliche Mitglieder

Niederländische Abteilung : Herr VANHEE, Vize-Vorsitzender
die Herren DECLERCK,
DEKEERSMAEKER, VAN IMPE
und VAN LEUVEN, ordentliche
Mitglieder

Sekretäre : Frau VANDERMEIREN, Verwaltungsdirektor
Herr PIESSENS, dt. Verwaltungsdirektor

Nr. 17.113/II/P/PN
TVS/D.V.

Auf Grund der Klage vom 2. Mai 1985 hinsichtlich der Tatsache, daß im Belgischen Staatsblatt vom 24. April 1985 eine Reihe von Bekanntmachungen in Bezug auf zu vergebende Stellen im Ministerium der Wallonischen Region in französisch und in deutsch veröffentlicht worden sind;

Auf Grund der Tatsache, daß die Veröffentlichungen als Bekanntmachungen und Mitteilungen für die Öffentlichkeit im Sinne der durch Königliche Verordnung vom 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten (K.S.G.) anzusehen sind;

In der Erwägung, daß das aufgeworfene Problem die jeweiligen Gemeinschaften und Regionen betrifft und deshalb auf allgemeine Weise aufgefaßt werden muß;

In der Erwägung, daß das Land in vier Sprachgebiete eingeteilt ist : das niederländische Sprachgebiet, das französische Sprachgebiet, das zweisprachige Gebiet Brüssel-Hauptstadt und das deutsche Sprachgebiet (Artikel 3 bis, Absatz 1 der Verfassung);

In der Erwägung, daß das Gebiet niederländischer Sprache aus den Provinzen Antwerpen, Westflandern, Ostflandern und Limburg, den Bezirken Hal-Vilvorde und Löwen (Art. 3, K.S.G.) und den Stadtrandgemeinden (Gesetz vom 23.12.1970) besteht;

In der Erwägung, daß das Gebiet französischer Sprache aus den Provinzen Hennegau, Luxemburg und Namur, der Provinz Lüttich mit Ausnahme der Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache sowie aus dem Bezirk Nivelles (Artikel 4, K.S.G.) besteht;

In der Erwägung, daß das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen das Gebiet der Wallonischen und der Flämischen Region abgegrenzt hat (Artikel 2); daß die Wallonische Region die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur sowie das Gebiet des Verwaltungsbezirks Nivelles umfaßt;

In der Erwägung, daß der Verwaltungsbezirk Brüssel-Hauptstadt aus den durch Artikel 6 der K.S.G. bestimmten 19 Gemeinden besteht;

In der Erwägung, daß das Gebiet deutscher Sprache aus den in Artikel 5 der K.S.G. aufgeführten Gemeinden besteht;

In der Erwägung, daß der Flämische Rat und die Flämische Exekutive für die Angelegenheiten zuständig sind, auf die sich Artikel 59 bis und Artikel 107 quater der Verfassung beziehen (Artikel 1, § 1, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen);

In der Erwägung, daß der Rat der Französischen Gemeinschaft und die Exekutive der Französischen Gemeinschaft für die Angelegenheiten zuständig sind, auf die sich Artikel 59 bis der Verfassung bezieht (Artikel 1, § 2, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen);

In der Erwägung, daß der Wallonische Regionalrat und die Exekutive der Wallonischen Region zuständig sind für die Angelegenheiten, auf die sich Artikel 107 quater der Verfassung bezieht (Artikel 1, § 3, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen);

In der Erwägung, daß gemäß Artikel 36, § 2, des ordentlichen Gesetzes vom 9. August 1980 zur Reform der Institutionen die Dienststellen der Gemeinschaften und der Regionen, was die Gemeinden mit besonderer Sprachenregelung betrifft, der Sprachenregelung unterliegen, die den lokalen Dienststellen dieser Gemeinden für Bekanntmachungen, Mitteilungen und Formulare, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, bei Beziehungen mit Privatpersonen sowie für die Abfassung von Urkunden, Bescheinigungen, Erklärungen und Genehmigungen durch die koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch vorgeschrieben wird.

Beschließt die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle einstimmig :

Artikel 1 : Die Dienststellen der Flämischen Exekutive und die Dienststellen der Exekutive der Französischen Gemeinschaft müssen ihre für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen und Mitteilungen in niederländisch und in französisch aufsetzen.

Artikel 2 : Die Dienststellen der Exekutive der Wallonischen Region müssen ihre für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen und Mitteilungen in französisch, in niederländisch und in deutsch aufsetzen.

Artikel 3 : Die Dienststellen der Brüsseler Exekutive müssen ihre für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen und Mitteilungen in niederländisch und in französisch aufsetzen.

Artikel 4 : Die Dienststellen der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft müssen ihre für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen und Mitteilungen in deutsch und in französisch aufsetzen.

Artikel 5 : Vorliegendes Gutachten wird dem Premierminister und den Vorsitzenden der jeweiligen Exekutiven zugestellt.

Brüssel, den 12. September 1985.

DER SEKRETÄR,

S. VANDERMEIREN.

DER VORSITZENDE,

J. FLEERACKERS.

DER SEKRETÄR,

R. PIESSENS.

